

**Anpassung der Asylstrukturen  
Auswertung der Stellungnahmen zum Asylkompromiss / Erhöhung der Nothilfepauschale  
Konsultation vom 22.12.2005 - 20.01.2006**

Thema	Stellungnahmen
1) Überblick	<p><b>Zustimmung:</b> AI, AR, BE, GL, GR, LU, OW, SG, SH, SO, SZ, TG, TI, UR, VD, ZG, ZH</p> <p><b>Teils Zustimmung/Teils Ablehnung:</b> AG; BL, BS, FR, JU, GE (Ablehnung der Höhe der Nothilfepauschale)</p> <p><b>Ablehnung:</b> -</p>
2) Bemerkungen der Adressaten der Konsultation	
Allgemeines	<p><b>OW:</b> Eine angemessene <b>Kostenabgeltung</b> der Aufwändungen im Asylbereich (insbesondere für vorläufig aufgenommene Personen sowie der Nothilfepauschalen für Personen mit rechtskräftigem Nichteintretensentscheid und für rechtskräftig abgewiesene Personen mit einem materiellen Asylentscheid) sind unabdingbar.</p> <p><b>AG:</b> Der Regierungsrat betrachtet den vorgelegten Kompromissvorschlag als einen Schritt in die richtige Richtung.</p> <p><b>SZ:</b> findet es wichtig, dass allfällige Änderungen in bestehenden Verordnungen erst vor dem Hintergrund</p>

	<p>des neuen Asylgesetzes in Betracht gezogen werden.</p> <p><b>AR:</b> Kostenverschiebungen vom Bund auf die Kantone im Bereich der Asylfürsorge - wie sie im Bereich der Nothilfepauschale stattgefunden haben - sind für Appenzell Ausserrhoden inakzeptabel.</p> <p><b>SG:</b> Die Beiträge des Bundes für den Vollzug der Weg- und Ausweisung ausländischer Personen muss kostendeckend sein.</p> <p><b>BE:</b> der Regierungsrat erinnert das EJPD an das im Rahmen der Gesetzgebungsarbeiten abgegebene Versprechen, wonach die Globalpauschale nicht zum Anlass für weitere Sparmassnahmen genommen werden soll. Der Kanton Bern erwartet, dass der Bund seine Sparbemühungen im Asylbereich auf die weitere Reduktion der Verfahrensdauer sowie die Beschleunigung der Wegweisungen konzentriert.</p> <p><b>VD:</b> Der Vollzug der Wegweisung von Personen mit NEE hat sich in der Praxis als unmöglich erwiesen.</p> <p><b>VD:</b> Die Kantone müssen bei der Erarbeitung von neuen Bundeserlassen bezüglich Sozialhilfe und Unterbringung sowie Nothilfe immer einbezogen werden.</p>
<b>Vorbehalte / Bedingungen für Zustimmung</b>	<p><b>SO:</b> Dem ausgehandelten Kompromissvorschlag wird aus Gründen der <b>Solidarität</b> zugestimmt. Bedingung ist, dass die Mehrheit der übrigen Kantone ebenfalls zustimmt.</p> <p><b>AI, AR, LU, SG, UR, VD, ZH:</b> Diese Zustimmung erfolgt vor dem Hintergrund, dass der Kompromissvorschlag eine <b>Übergangslösung / Zwischenlösung</b> bis Ende 2006 darstellt.</p> <p><b>ZH:</b> Die Abgeltungsmodelle sollen in enger und konstruktiver <b>Zusammenarbeit</b> zwischen Bund und Kantonen erarbeitet werden. Sie sollen zukunftsorientiert sein und den tatsächlichen Gegebenheiten Rechnung tragen.</p> <p><b>SH:</b> Der ausgehandelte Kompromissvorschlag ist akzeptierbar, jedoch nur unter dem ausdrücklichen Vorbehalt von nicht voraussehbaren <b>Kostensteigerungen</b>.</p>
<b>Verzicht auf Kürzung Betreuungskostenpauschale</b>	<b>AG, BE, BL, BS, FR; GL, JU, LU, SO, TI, UR, VD, ZH:</b> begrüßen diesen (vorläufigen) Verzicht ausdrücklich.
<b>Ausarbeitung Abgeltungsmodell Sozialhilfe- und Betreuungskosten durch EJPD/SODK/KKJPD</b>	<p><b>BS, FR, GL, LU, OW, SZ, TI, UR:</b> begrüßen das gewählte Vorgehen (Gesamtsicht, Form der Zusammenarbeit)</p> <p><b>GR:</b> betont, dass es wichtig sei, künftige Abgeltungs- und Finanzierungsmodelle gemeinsam zu erarbeiten.</p> <p><b>AG, BL:</b> Der Einbezug von SODK und KKJPD bei der Festlegung der Globalpauschale wird als einzig richtiger Weg angesehen.</p>
<b>Erhöhung der Pauschale auf Fr. 1'800.--</b>	<p><b>Kommentare der Kantone, die grundsätzlich zustimmen</b></p> <p><b>GL, GR, SZ:</b> Zustimmung zu rückwirkender Erhöhung auf Fr. 1'800.--</p> <p><b>LU:</b> Im Zusammenhang mit dem Kompromiss ist die Erhöhung auf Fr. 1'800.-- akzeptabel. Längerfristig ist die</p>

	<p>Pauschale aber zu tief angesetzt.  <b>BE:</b> Fr. 1'800.-- entsprechen nicht den Erwartungen. Bern ist aber dennoch mit diesem Vorschlag einverstanden.  <b>ZH:</b> muss auch nach Erhöhung der Pauschale einen grossen Teil der anfallenden Kosten aus eigenen Mitteln bestreiten.  <b>SO:</b> beantragt zu prüfen, ob die mit dem Kompromissvorschlag vorgesehene Nothilfepauschale von Fr. 1'800.-- im Hinblick auf 2007 nicht doch wesentlich erhöht werden soll.  <b>SO:</b> Kosten für Personen mit NEE belaufen sich im Kanton Solothurn derzeit auf durchschnittlich ca. Fr. 6'800.-- pro Fall. Fr. 1'800 sind daher unangemessen.  <b>AI, AR, BS, JU, SH, UR, VD:</b> Mit Fr. 1'800.-- können die entstehenden Kosten nicht gedeckt werden.</p> <p><b>Kommentare der Kantone, die nicht zustimmen</b></p> <p><b>AG:</b> Kompromissvorschlag ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die Höhe der Nothilfepauschale sei aber zu tief angesetzt. AG fordert eine Pauschale von mind. Fr. 3'200.-- und findet die Forderung der KKJPD/SODK nach Fr. 4'200. --gerechtfertigt  <b>BL:</b> dankt dem Bund für die Bereitschaft, die Nothilfepauschale rückwirkend auf Fr. 1800.-- zu erhöhen, hält jedoch an der Forderung auf Erhöhung der Pauschale auf Fr. 4'200.-- fest.  <b>BS:</b> Die von den Kantonen ausgewiesenen Unterdeckungen der Nothilfkosten müssten konsequenterweise eine adäquate Anpassung der Nothilfepauschalen zur Folge haben, und nicht - wie aktuell - eine zwar für Basel-Stadt nun entlastende, aber nach wie vor defizitäre Verrechnung mit der unveränderten Betreuungskostenpauschale.  <b>FR:</b> fordert eine Pauschale von Fr. 4'000. --  <b>JU:</b> Der Betrag von Fr. 1'800 entspricht nicht der realen Ausgaben. EJPD/KKJPD/SODK sollen Betrag zusammen neu festlegen.  <b>GE:</b> Eine Pauschale von 1'800 Franken ist völlig ungenügend. GE fordert eine Erhöhung der Pauschale auf 4'200 Franken. Dieser Betrag berücksichtigt die erbrachten Leistungen und die Strukturkosten. Einzig einer Pauschale in dieser Höhe kann zugestimmt werden.</p>
<p><b>Nothilfekosten 2006</b></p>	<p><b>GL, SH, TG:</b> Bei weiteren Kostensteigerungen soll (TG: frühzeitig) auf die Nothilfepauschale zurückgekommen und diese neu verhandelt werden.  <b>BL:</b> Einer laufenden Überprüfung der Nothilfekosten wird zugestimmt.  <b>AI:</b> Die Kostenentwicklung soll weiterhin genau beobachtet werden und die Höhe der Nothilfepauschalen soll gegebenenfalls angepasst werden.  <b>GR:</b> Die Bereitschaft des Bundes, bei nicht voraussehbaren Kostensteigerungen über die Pauschale neu zu verhandeln, mindert überdies das Kostenrisiko der Kantone.  <b>LU:</b> macht darauf aufmerksam, dass die Zahl der Asylgesuche und damit die Einnahmen aus den Pauschalen</p>

	<p>massiv sinken, während sich die Nothilfefälle akkumulierten. Aus diesem Grund sei eine Überprüfung der Höhe der Pauschale für 2007 zwingend.</p> <p><b>BS:</b> Verhandlungen über die Höhe der Nothilfepauschale müssen 2006 nicht nur bei unerwartet starkem Anstieg, sondern in jedem Fall geführt werden</p>
<p><b>Ausarbeitung Abgeltungsmodell Nothilfepauschale durch EJPD/SODK/KKJPD</b></p>	<p><b>BS, GL, LU, SO, VD:</b> sind mit diesem Vorgehen einverstanden.</p> <p><b>FR:</b> Die Situation von abgewiesenen Asylsuchenden sollte vor dem in Kraft treten des revidierten AsylG sorgfältig untersucht und besonders der Situation von Einelternfamilien und verletzlichen Personen Rechnung getragen werden.</p> <p><b>SO, VD, ZH:</b> begrüßen es, dass Modelle geprüft werden, welche die unterschiedlichen Belastungen der Kantone berücksichtigen.</p> <p><b>BE, SO, VD, ZH:</b> begrüßen es, dass der Tatsache Rechnung getragen wird, dass bei der Gewährung der Nothilfe Unterbringungs- und Personalkosten anfallen.</p> <p><b>SG, TG:</b> es ist wichtig, dass ein Modell gefunden wird, welches die Anliegen der Kantone und deren unterschiedliche Belastungen (SG: sowie die Unterbringungs- und Personalkosten) angemessen berücksichtigt.</p>

## Zusammenfassung

- 23 Kantone haben eine Stellungnahme eingereicht
- 17 Kantone stimmen dem Kompromiss zu (74 %)
- 6 Kantone sind teils dafür, teils dagegen (Kritisiert wird die Höhe der Nothilfepauschale) (26 %)
- 0 Kantone sind dagegen (0 %)

### Zusammenfassung der wichtigsten Bemerkungen:

- **Vorbehalte:** Einige Kantone stellen ihre Zustimmung unter den Vorbehalt, dass sie den Kompromissvorschlag (Fr. 1'800.--) nur als Zwischenlösung akzeptieren, die später überprüft werden wird.
- **Betreuungskostenpauschale:** Der Verzicht auf die Senkung der Betreuungskostenpauschale wird von vielen Kantonen ausdrücklich begrüsst.
- **Berechnungsmodell Globalpauschale:** Viele Kantone begrüssen den Einbezug von SODK und KKJPD. Es wird betont, dass es wichtig sei, dass Bund und Kantone zukünftig bei der Ausarbeitung neuer Abgeltungsmodelle wieder enger zusammenarbeiteten.
- **Höhe der Nothilfepauschale:** Einige wenige Kantone stimmen der Höhe von Fr. 1'800.-- vorbehaltlos zu und gehen davon aus, dass die Pauschale die anfallenden Kosten decken wird. Ein grosser Teil geht davon aus, dass dieser Betrag zur Deckung der Kosten nicht ausreicht, stimmen aber der Höhe im Sinne einer Übergangslösung im Rahmen des Kompromisses zu. Viele fordern eine erneute Überprüfung der Pauschale Ende 2006. Sechs Kantone sind mit der Höhe der Pauschale nicht einverstanden und fordern eine höhere Pauschale (z. T. Fr. 4'200.--)
- **Nothilfekosten 2006:** Die erneute Überprüfung der Höhe der Pauschale im Falle eines nicht voraussehbaren Anstiegs der Kosten wird begrüsst. Zum Teil wird gefordert, die Überprüfung auf jeden Fall vorzunehmen.
- **Abgeltungsmodell Nothilfepauschale:** Es wird begrüsst, dass Modelle geprüft werden, welche die unterschiedlichen Belastungen der Kantone berücksichtigen sowie der Tatsache Rechnung tragen, dass Unterbringungs- und Personalkosten anfallen.